

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, Aden & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Redakteur: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 100 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 9.00 M.
Telegraphisch - Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Anzeigenzuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgelieferten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefkastenverlegung 20 Pf.

Nr. 222.

Dresden, Donnerstag den 25. September 1919.

30. Jahrg.

Das Scheitern der Leipziger Verhandlungen

Unerfüllbare Bedingungen

Die am letzten Sonnabend in Leipzig zwischen Vertretern der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eingeleiteten Verhandlungen über die eventuelle Beteiligung der Unabhängigen an der Neubildung der sächsischen Regierung sind gescheitert.

Den Verhandlungen wurden die von der Landeskonferenz der Unabhängigen am 11. Juni 1919 aufgestellten Bedingungen zugrunde gelegt, die da lauteten:

1. Befestigung des Belagerungszustandes und des Ständrechts.
2. Entlassung der in Schubhaft befindlichen Personen.
3. Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verurteilten und Inhaftierten, Niederschlagen aller Strafverfahren, die aus Anlaß des Belagerungszustandes eingeleitet sind.
4. Parität der beiden Gruppen in der Besetzung der Ministerstellen.
5. Keine Vertreter bürgerlicher Parteien in Ministerien.
6. Entferrnung aller Reichstruppen aus Sachsen, Errichtung einer Volkswache aus den Reihen der kassenbewußten Arbeiterschaft.
7. Gleichliche Regelung der Funktionen der Arbeiterräte als Organe der Selbstverwaltung der Gemeinden und der Betriebsräte als Hilfsmittel der Volkswirtschaft, der Produktion und des Warenverkehrs. Zusammenfassung der Arbeiter- und Betriebsräte in einem Landesparlament. (§ 20 des verfassungsmäßigen Grundgesetzes.)
8. Planmäßige Verfestigung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundrissen, die schleunigst begonnen und energisch fortgeführt werden muß. Ueberführung der wichtigsten Produktionsmittel und Betriebe der Industrie, Land- und Forstwirtschaft, des Handels und Verkehrs in Staatsbesitz.
9. Verpflichtung der Regierung, im Sinne dieser Grundzüge auf die Reichsregierung einzuwirken.
10. Die endgültige Entscheidung über einen event. Eintritt in die Regierung trifft in allen Fällen die Landesversammlung.

Siezu erklärten die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei:

Die Punkte 1, 2 und 3 könnten von der U. S. P. angenommen werden. Der Beschluß der Landesversammlung der U. S. P. über den Belagerungszustand braucht dem nicht entgegenzusetzen.

Einverständnis besteht über Punkt 5. Den Forderungen in Punkt 6 stimmt die U. S. P. zu, soweit es sich um Truppen handelt, die infolge des Belagerungszustandes herbeigesogen worden sind.

Ueber Punkt 8 besteht Einverständnis, ebenso über Punkt 9. Strittig ist die Parität, die von der U. S. P. abgelehnt, von der U. S. P. D. aufrechterhalten wird.

Ueber die Arbeiterräte besteht Einmütigkeit, daß die Betriebsräte zur Durchführung der Sozialisierung anrechenbar sein werden müssen.

Die U. S. P. lehnt es ab, den Arbeiterräten politische Funktionen in dem Sinne zu geben, daß durch Beschlässe der Arbeiterräte Beschlüsse der Parlamente aufgehoben werden können. Die Arbeiterräte sollen nicht das Recht haben, Volkswirtschaften herbeizuführen.

Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei forderten hingegen:

Einordnung der Räte in die Verfassung, entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung, Staat- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.

Zu einer Verständigung über die gegenseitlichen Auffassungen war schon im Freie der Unterhändler nicht zu gelangen.

Am Dienstag hat nun, so berichtet die Freie Presse, der Landesvorstand der U. S. P. und die Volkstammerversammlung der U. S. P. zur Frage der gemeinsamen Regierungsbildung Stellung genommen. Dabei wurde die sogenannte parlamentarische Demokratie, d. h. die Vertretung der Parteien in der Regierung im Verhältnis zu ihrer Stärke als Charakteristik der Demokratie bezeichnet, zu der sich die U. S. P. nicht gebrauchen lasse.

In der Frage der politischen Arbeiterräte — so stellte die U. S. P. bei ihrer Beschlusfassung fest — bezweckt die U. S. P. keine Regierungsbildung nach dem Grundriss der „proletarischen Demokratie“ und den Anschauungen der „überwältigenden Mehrheit des Proletariats.“

Die Absage der U. S. P.

Soweit die Leipziger Freie Presse, der wir die Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Unabhängigen entnehmen. Wertwärtigerweise konnten gestern nicht nur die Leipziger Freie Presse, sondern auch die unabhängigen Zeitungen bereits ausführliche Mitteilungen über das Ergebnis der Verhandlungen bringen, während wir keine Nachrichten darüber hatten. Es wäre richtig gewesen, wenn der gesamten sozialistischen Presse rechtzeitig ein Bericht über die Leipziger Verhandlungen ausgestellt worden wäre.

Das Ergebnis der Verhandlungen zeigt, daß eine Aussicht auf das Zustandekommen einer rein sozialistischen Regierung, hinter der beide sozialistischen Parteien stehen, nicht vorhanden ist. Unserer Partei hat es sicher an gutem Willen nicht gefehlt. Wir waren bereit, den Unabhängigen große Zugeständnisse zu machen. So war es ein sehr weit-

gehendes Zugeständnis, wenn die Vertreter unserer Fraktion sich bereit erklärten, für die Aufhebung des Belagerungszustandes einzutreten. Gaben wir doch erst jetzt aus den neuesten Mitteilungen über die kommunistischen Mord- und Putzpläne erfahren, daß es unter Umständen für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sehr wichtig sein kann, wenn die Regierung die Waffe des Belagerungszustandes zur Hand hat, so selbstverständlich es natürlich auch ist, daß der Belagerungszustand nicht zur Beschränkung der politischen Meinungsfreiheit verwendet werden darf, solange im politischen Kampfe die durch das bestehende Recht gezogenen Schranken nicht überschritten werden.

Aber bei den Unabhängigen bestand nicht der gute Wille, eine Einigung mit der Mehrheitspartei herbeizuführen. Der Antrag Castan, der eine nochmalige Verhandlung mit den Unabhängigen forderte, war ja von den Unabhängigen mit Hohn und Spott behandelt worden. Die Dresdner Unabhängige Volkszeitung schrieb damals von dem konfusem Beschluß, der mit der Annahme des Antrags Castan von der Landesversammlung gefaßt sei. Daß den Unabhängigen jeder Wille zur Einigung fehlt, geht ja auch daraus hervor, daß sie Bedingungen stellen, deren Erfüllung für die Mehrheitspartei auch beim besten Willen gar nicht möglich wäre. So verlangen sie z. B. Entferrnung aller Reichstruppen aus Sachsen. Aber die Bestimmung darüber, wo sich Reichstruppen aufhalten, ist nicht Sache der sächsischen Landesregierung. Irrendwelse Aufgaben, die die sächsische Regierung an die Unabhängigen geben würde, hätten keine praktische Bedeutung. Die Reichsinstanzen hätten es nicht notwendig, sich irgendwie darum zu kümmern.

Wenn es sich um die Frage der Errichtung einer Volkswache aus den Reihen der Arbeiterschaft handelt, so ist das Herwehen ist nun einmal Reichssache und die einzelstaatlichen Regierungen sind darum nicht berechtigt, auf eigene Faust eine bewaffnete Macht nach ihrem Geschmack zu schaffen.

Selbstverständlich ist auch, daß die Sozialdemokratische Partei, auf das Verlangen der Arbeiterräte politische Funktionen zu geben, nicht eingehen konnte. Die Sozialdemokratische Partei wird sich von dem Wege der Demokratie nicht abbringen lassen, nicht nur, weil sie an dem „formalen“ Prinzip der Demokratie festhält, sondern weil sie der Meinung ist, daß der sozialistische Aufbau, den wir wünschen, nur mit Hilfe der Demokratie, nur dann möglich ist, wenn die große Mehrheit des Volkes hinter uns steht. Ist das der Fall, dann genügt freilich auch die Demokratie, um alle möglichen Fortschritte auf dem Wege zum Sozialismus durchzuführen.

Ebenso wenig konnte unsere Partei auf das Verlangen der Unabhängigen Partei auf eine paritätische Besetzung der Regierungsinstitutionen eingehen. Dieser unabhängige Anspruch ist schon deswegen unberechtigt, weil wir in der Volkstammerversammlung ungefähr 2/3, mal sozial Abgeordnete haben wie die Unabhängigen. Die Hauptfrage aber ist, daß wir nach unsern früheren Erfahrungen annehmen müssen, daß eine paritätische Regierung nicht in der Lage sein würde, die Aufgaben zu erfüllen, die eine jede Regierung erfüllen muß. Wir müssen bestrafen, daß die Vertreter der Unabhängigen in der Regierung und die größten Schwierigkeiten machen würden, wenn es darauf ankommt, bei Störungen der öffentlichen Ordnung durch anarcho-sozialistische und kommunistische Elemente mit der genügenden Energie durchzugreifen. Wir wissen ja, daß selbst die gemäßigten Unabhängigen immer noch links schielen und es unter keinen Umständen mit den putschklüftigen Herrschaften innerhalb der eigenen Partei und weiter links davon verberben wollen. Eine sozialistische Regierung aber, die bei Unruhen verlagte, wäre eine schwere Gefahr für unsere sozialistische Sache. Die Klassen würden geradezu in das Lager der Reaktion getrieben werden, zeigte eine sozialistische Regierung nicht die genügende Energie, wenn es sich um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung handelt. Eine paritätische Regierung könnte daher der ganzen sozialistischen Bewegung in Sachsen nur zu leicht einen nahezu unheilbaren Schaden bringen, der auch durch jahrelange Arbeit nur schwer wieder gutzumachen wäre. Im Interesse der sozialistischen Zukunft Sachsens konnte daher unsere Partei auf diese Bedingungen der Unabhängigen nicht eingehen.

Wir glauben auch nicht, daß ein weiteres Entgegenkommen unserer Partei gegenüber der U. S. P. zu irgendwelchen Resultaten geführt hätte. Was sein, daß es auch bei den Unabhängigen eine Richtung gibt, die eine Einigung mit uns ganz gerne sehen würde. Die Leute aber, die bei der U. S. P. den Ton angeben, wollen von einer Einigung nichts wissen. Es liegt ihnen nichts daran, daß Vertreter ihrer Partei in die Regierung eintreten. Es sind Geister, die stets verneinen und die sich nur wackeln, wenn sie in der Rolle des ewig vorgehenden Kritikers verharren können. Sie wissen ganz gut, daß, wer heute regieren muß, die Wünsche der Massen nicht in vollem Umfang befriedigen kann, und ihnen kommt es nicht darauf an, daß sie etwas Politisches schaffen, sondern ihnen ist es nur darum zu tun, um jeden Preis möglichst viel Popularität zu erschaffen.

Am heutigen Tage wird eine Sitzung der Landesinstanzen unserer Partei darüber beraten, was nun geschehen soll. Auf die Unabhängigen fällt die Verantwortung dafür, wenn die Aufrechterhaltung einer rein sozialistischen Regierung in Sachsen nicht mehr möglich ist, trotzdem in unserer Volkstammerversammlung eine sozialistische Mehrheit vorhanden ist. Unserer Fraktion bleibt jetzt nichts anderes übrig, als zu versuchen, gemeinsam mit der Demokratischen Partei eine Regierung zu bilden. Wenn es unsern Parteigenossen nach der Regierungsbildung nicht mehr möglich sein würde, unsere sozialistischen Ziele immer mit dem Nachdruck zu verfolgen, wie wir das wünschen, so müssen sich die Arbeiter bei der U. S. P. bedanken.

Selbstverständlich wird ein Zusammengehen mit den Demokraten nur möglich sein, wenn diese bereit sind, der Tatsache genügend Rechnung zu tragen, daß bei den letzten Wahlen die Mehrzahl der Wähler sozialistisch gewählt hat und daß dies bei der Führung der Staatsgeschäfte stets beachtet werden muß. Es kann natürlich nicht etwa die Rede davon sein, daß unsere Partei auf die Durchführung sozialistischer Forderungen verzichtet.

Die Tätigkeit unserer Regierung und unserer Partei in den vergangenen Monaten ist schon sehr erfolgreich gewesen. Es sind große Fortschritte auf dem Gebiet der Schule gemacht, unsere Verwaltungsrichtungen sind weitgehend demokratisiert worden. Wir müssen nun wünschen, daß auch im wirtschaftlichen Leben unsere sozialistischen Ideen, soweit das in einem kleinen Wirtschaftsgebiet wie Sachsen geschehen kann, zur Geltung gebracht werden. Wir brauchen kaum erst noch einmal zu sagen, daß wir es nicht für möglich halten, aus Sachsen eine sozialistische Insel zu machen. Damit ist aber nicht gesagt, daß keine Möglichkeiten bestünden, sozialistische Maßnahmen innerhalb Sachsens durchzuführen.

Sollen wir, daß heute unsere Landesinstanzen bei ihren Beratungen zu einem Ergebnis gelangen werden, das für unsere sozialistische Sache gute Früchte bringt, welche Wege jetzt auch immer eingeschlagen werden, wir sind der festen Überzeugung, in nicht allzu langer Zeit wird der Gedanke in dem sächsischen Proletariat zum Siege gelangen, daß die Arbeiterschaft geschlossen und vereint auf dem Wege der Demokratie ihren sozialistischen Zielen zutreiben muß.

Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion

Im Dresdner Volkshaus fand heute eine gemeinsame Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und der Bezirksverbände statt; es galt Stellung zu nehmen zu der Situation, wie sie durch die ablehnende Haltung der U. S. P. gegeben ist. Zellisch gab Bericht über die Verhandlungen in Leipzig und betonte, daß die Verhandlungen deshalb besonders erschwert wurden, weil sich zeigte, daß die Unabhängigen unter sich weder klar noch einig sind über das, was sie sich unter dem N a t e s t e m vorzustellen haben. Eager bestätigte das in einer Ergänzung des Berichtes. Jede halbwegs vernünftige Meinung Lipinski oder Fleischer wurde von dem Leipziger Unabhängigen Liebmann korrigiert, worauf Lipinski und Fleischer jedesmal prompt zurücktraten. Zellisch und Eagers Bericht bewies vor allem auch, wie unsinnig und haltlos erfunden alle Kombinationen waren, die die bürgerlichen Blätter über die Verhandlungen brachten. An den heutigen Bericht knüpfte sich eine lebhafte Debatte, die sich bis in die Nachmittagsstunden hinzog. Ein eingehender Bericht wird morgen gegeben.

Die kommunistische Mordverschwörung

Zu den Enthüllungen, wie sie Minister Sirja im preußischen Landtag über kommunistische Mordpläne machte, wird von wohlinformierter Seite auf Grund neuerer Materials geschrieben:

Schon seit längerer Zeit besteht der erste Verdacht, daß die radikalen Parteien auch den politischen Mord zur Erreichung ihrer Ziele nicht scheuen. Vollständig einwandfreies Material darüber hat bisher der Öffentlichkeit noch nicht vorgelegt werden können. Nun ist und aber dieser Tage ein Rundschreiben in die Hände gefallen, das den Stempel „Partei-Sekretariat des Spartakusbundes Groß-Sachsen“ trägt und „An die deutsch-böhmischen Genossen“ gerichtet ist. Es enthält das Treiben einer deutschen Kamorra, die keineswegs auf „Groß-Sachsen“ beschränkt ist, sondern sich sogar über die schwarz-rotgoldenen Grenzen erstreckt. In der Einleitung dieses Schriftstückes heißt es, bald werde an die deutschböhmischen Genossen der Ruf ergehen, mit dem Punkte gemeinsame Sache zu machen. Dann heißt es weiter: „We ihr bereits von unsern Vertrauensmännern verhängt worden seid, finden zur Zeit in Berlin, Hamburg und Preußen kommunistische Geheimversammlungen statt.“